

Medieninformation

Sächsische Staatsregierung

Ihr Ansprechpartner
Ralph Schreiber

Durchwahl
Telefon +49 351 564 10300
Telefax +49 351 564 10309

presse@sk.sachsen.de*

12.01.1995

100 Tage Frauenministerin Friederike de Haas zieht erste Bilanz, Teil 1

Mit der zweiten Legislaturperiode hat der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen die

Frauenpolitik in die Hand einer Ministerin gegeben. Am morgigen Freitag kann

Friederike de Haas, die Staatsministerin für Fragen der Gleichstellung von Frau und

Mann - so der vollständige "Titel" - auf die ersten einhundert Tage im Amt zurück-

blicken. Sie zieht eine erste Bilanz und stellt einige Schwerpunkte ihrer Frauenpolitik

vor.

- Eine sichtbare politische Konsequenz ist der innerhalb der CDU-Fraktion des

Sächsischen Landtages gebildete eigenständige Arbeitskreis "Frauenpolitik". Dadurch

wird die Bedeutung dieses Politikbereiches auch im Parlament unterstrichen.

- Im November wurde das Modellprojekt "Hilfen für Alleinerziehende in Problemsitua-

tionen" im Leipziger Raum eröffnet. Damit konnte eine gerade in ländlichen Regionen

bestehende Lücke an Beratungsangeboten geschlossen werden.

- Die Veranstaltungsreihe für Existenzgründerinnen "Lieber Chefin als arbeitslos"

Hausanschrift:
Sächsische Staatsregierung
Archivstraße 1
01097 Dresden

www.regierung.sachsen.de

* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html vermerkten Voraussetzungen.

wurde fortgesetzt und fand erneut eine äußerst positive Resonanz

- Mit einer Veranstaltung zu Mobilitätserfordernissen und Verkehrsplanung in Sachsen

wurden die besonderen Belange der Frauen beim Thema Öffentlicher Personen-Nahver-

kehr (ÖPNV) deutlich gemacht. Nutzerfreundlicher ÖPNV ist frauenfreundlicher

ÖPNV.

"Die wichtigste Aufgabe für die kommende Legislaturperiode ist, das Begonnene fortzu-

setzen und gezielt auszubauen. Vor allem auf dem Arbeitsmarkt muß sich noch viel

bewegen, damit von gleichen Chancen für Frauen die Rede sein kann", betont die

Ministerin. Frauenpolitik zu machen, werde auch weiterhin heißen, "sich einzumischen,

unbequem zu sein, Forderungen zu stellen, auf gleiche Rechte zu pochen". Ein

schwieriges Unterfangen, zumal in Zeiten, in denen sparsames Haushalten angesagt ist.

Aber gerade in Zeiten knapper Mittel sei es besonders wichtig, sich mit Zielstrebigkeit

und Engagement für Frauen einzusetzen. "Frauenpolitik darf kein Politikfeld für

sogenannte gute Zeiten sein. Frauenpolitik darf kein Luxus sein. Sie ist vielmehr

dringend notwendig, um den Verfassungsauftrag des Artikels 3 Abs. 2 Grundgesetz

sowie Artikel 8 der Sächsischen Verfassung in die Realität umzusetzen", unterstrich

Friederike de Haas.

Um hierbei voran zu kommen, hat sich die Ministerin folgende Schwerpunkte gesetzt:

1. Arbeitsmarktpolitik

Es gilt, Frauen noch besser an den arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen zu

beteiligen. Die bisherigen Initiativen, wie beispielsweise die Fördermöglichkeiten für

Frauen im Rahmen des arbeitsmarktpolitischen Programms, müssen konsequent genutzt

und ausgebaut werden.

Konkrete Vorstellung ist, daß insbesondere für Frauen, die wegen ihrer Familien längere

Zeit keiner Berufstätigkeit nachgegangen sind, der Neueinstieg in das Berufsleben durch

ein Wiedereinstiegsprogramm für Frauen erleichtert werden soll. Auch wird eine

Förderung sogenannter Integrativer Unternehmen angestrebt. Diese Unternehmen, die

hauptsächlich am Arbeitsmarkt besonders benachteiligte Personen beschäftigen - dabei

aber unter marktwirtschaftlichen Bedingungen arbeiten -, sollen durch eine koordinierte

Zusammenführung aller Fördermöglichkeiten besonders unterstützt werden. Entspre-

chende Gespräche und Verhandlungen mit dem Sächsischen Staatsminister für Wirt-

schaft und Arbeit finden derzeit bereits statt.

2. Öffentlicher Dienst

Eine große Aufgabe wird die Umsetzung des Sächsischen Frauenförderungsgesetzes

sein. Die Bestellung der Frauenbeauftragten in den Behörden ist in vollem Gange. Nun

muß darauf hingewirkt werden, daß einschlägige Vorschriften beachtet und eingehalten

werden: Beispielsweise sind Frauenförderpläne zu erstellen, und es muß gewährleistet

sein, daß Frauen bei der Besetzung von Gremien entsprechend berücksichtigt werden.

Um die Auslegung des Gesetzes zu erleichtern, wird im Frühjahr 1995 ein Leitfaden

herausgegeben.

Eine bedeutsame Funktion auf dem Weg zur tatsächlichen Gleichberechtigung von Frau

und Mann haben die Gleichstellungsbeauftragten in den Gemeinden und Landkreisen.

Eine empirisch angelegte Studie soll Aufschluß geben über die Rahmenbedingungen

ihrer Arbeit, über Kompetenzen, Aufgaben und Ausstattung. Sie soll auch Einsichten

vermitteln in erfolgreiche Aktivitäten und aufzeigen, was für eine erfolgreiche Arbeit

nötig ist.

Ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung der beruflichen Gleichstellung wird eine Teil-

zeitoffensive für den öffentlichen Dienst sein. Eine Umfrage in den Ministerien hat

ergeben, daß das Interesse an Teilzeitarbeit wesentlich höher ist als das Angebot ent-

sprechender Arbeitsplätze. Teilzeitarbeit ist zwar kein Allheilmittel, um die Situation

auf dem Arbeitsmarkt zu ändern; sie ist jedoch ein Schritt, um zu einer Verbesserung

beizutragen. "Hier muß der öffentliche Dienst mit gutem Beispiel vorangehen. Ich gehe

davon aus, daß ich für die Teilzeitoffensive eine breite Unterstützung durch meine

Kabinettskollegen erhalten werde", so die Ministerin.

3. Privatwirtschaft

Um die Bedingungen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig zu verbessern,

müssen auch in der Privatwirtschaft Änderungen erfolgen. Hier sind natürlich in erster

Linie die Tarifparteien gefordert. Damit sich schneller etwas bewegt, ist es aber auch

notwendig, die Verknüpfung öffentlicher Auftragsvergabe mit der Frauenförderung

in den Betrieben ernsthaft zu diskutieren und zu prüfen, in welchem rechtlichen Rahmen

eine Regelung zulässig ist. Zu diesem Zweck hat die Ministerin in Abstimmung mit dem

Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit, Schommer, eine Arbeitsgruppe ins Leben

gerufen, die alle rechtlichen und wirtschaftlichen Aspekte prüft und Vorschläge für eine

zulässige Lösung erarbeitet.